

VII. Informationsbeschaffung

1. Propaganda und Information

Grundlegende Voraussetzung jeder Propaganda sind umfassende, kontinuierlich eingehende und zutreffende Informationen. Auch die Auslandspropagandisten des nationalsozialistischen Deutschlands waren auf ein möglichst lückenloses Nachrichtensbild über das Ausland, insbesondere auf die Berichterstattung über Themen und Methoden der ausländischen Propaganda und Publizistik angewiesen. Sie waren aber auch in besonderem Maße abhängig von Informationen über Vorgänge innerhalb des eigenen Herrschaftsapparates, etwa über die in der unmittelbaren Umgebung des „Führers“ angestellten Überlegungen oder über die Interna konkurrierender Institutionen.

Einer reibungslosen Beschaffung und Auswertung von Informationen standen aber nicht nur die Abschirmungsmaßnahmen der Kriegsgegner entgegen, sondern es galt dabei auch, ein wesentliches, „hausgemachtes“ Hemmnis zu überwinden: die im Dritten Reich weit über kriegsübliche Vorsichtsmaßnahmen hinaus getriebene Geheimhaltung.¹ Die strikte Kontrolle über alle aus dem Ausland eingehenden Nachrichtendienste vor allem als Korrektiv bei der propagandistischen Indoktrination der Bevölkerung – ein Korrektiv, das mit der sich verschlechternden militärischen Lage Deutschlands immer mehr an Bedeutung zunahm, da das starre Propagandasystem störende Einflüsse von außen immer schwerer verarbeiten konnte und verstärkt darauf angewiesen war, alle für den Kriegsverlauf und die Außenpolitik wichtigen Nachrichten zu dosieren, zu interpretieren und zu unterdrücken. Deutlich läßt sich an den während des Krieges zunehmenden Informationsbeschränkungen – die hektischen Bemühungen im Kriegswinter 1941/42 sind hierfür ein besonders gutes Beispiel – der zunehmende Mißerfolg der NS-Binnenpropaganda ablesen: ein Entgleiten der Meinungsbildung aus dem durch die Propaganda geschaffenen Rahmen wurde für die Nationalsozialisten immer mehr zu einer äußerst bedrohlichen Vorstellung.

Aber nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die NS-Führung selbst unterlag erheblichen Informationsbeschränkungen. Es war nicht nur eine Art Geheimhaltungsticket, wenn Hitler selbst im Umgang mit Ministern und Reichsleitern nach dem Grundsatz verfuhr, jeder dürfte nur soviel wissen, wie er zur Erledigung seiner unmittelbaren Aufgaben zu wissen brauchte²; vielmehr bildete diese äußerst restriktive In-

¹ Vgl. Jacobsen, a.a.O., S. 347 ff.

² Vgl. ebenda, S. 355; die gleiche Idee liegt beispielsweise dem „Grundsätzlichen Befehl“ Hitlers vom 11. 1. 1940 zugrunde, der die strikte Geheimhaltung im Bereich der Wehrmacht regelte (1939–1945. Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten, hrsgg. v. Hans-Adolf Jacobsen, Darmstadt 1961, S. 643).

formationspolitik geradezu ein konstituierendes Element in der Regierungsweise des „Führerstaates“. Die unterschiedlich dosierte Informierung des Führungspersonals des NS-Staates, häufig als ausgesprochenes Privileg verstanden, war generell dazu geeignet, die Bindung an den „Führer“ zu verstärken und Rivalitäten zu schüren. So wurde speziell der Zugang zu Informationen aus der feindlichen Publizistik zu einer „Prestigeangelegenheit“³, da sich hier auch die jeweilige „Führernähe“ widerspiegelte. Die restriktive Informationspolitik trug zudem dazu bei, den gesamten Entscheidungsprozess mit einem geheimnisvollen Schleier zu umgeben und den Rahmen der Handlungsmöglichkeiten zu begrenzen. Denn auch wenn das Führungspersonal über andere als ihm offiziell zugängliche Informationskanäle verfügte, so war es doch – insbesondere unter den Bedingungen einer verschärften Kriegslage – nicht ohne weiteres möglich, ein so erworbenes Wissen in den Entscheidungsprozess einzubringen: Grundlage der Argumentation – das wird im folgenden vor allem bei den Auseinandersetzungen um die Verteilung des „Seehaus“-Materials deutlich werden – durften nur die „legalerweise“ zur Verfügung gestellten Informationen sein.

Der Zugang zur feindlichen Publizistik war also ein unabweisbares Bedürfnis der praktischen Propagandaarbeit, zugleich aber auch ein Faktor innerhalb der machtpolitischen Auseinandersetzung konkurrierender Apparate. Daneben spielten aber noch andere Interessenlagen eine Rolle. In diesem Zusammenhang ist vor allem auf die Tätigkeit der Geheimdienste hinzuweisen: prinzipiell an jeder Information aus dem Ausland interessiert, nahmen die Geheimdienste auch eine gründliche Auswertung der ausländischen Publizistik vor und versuchten auf vielfältige Art und Weise, die ins Ausland führenden Informationskanäle der Propagandaapparate, wie Nachrichtendienste, Auslandskorrespondenten usw., für ihre Zwecke zu nutzen. Das Auftreten von Journalisten als Nachrichtenhändler oder die Tarnung von Agenten als Journalisten kennzeichnen dabei die Überschneidung von geheimdienstlichen und journalistischen Arbeitsgebieten.⁴

Schließlich gab es – unter den Bedingungen der restriktiven Informationspolitik – natürlich ein erhebliches privates Interesse an einem möglichst hohen Informationsstand: Wieviel einfacher war es doch beispielsweise für einen Beamten, sich den vollständigen Abhörbericht einer BBC-Sendung ins Amt zustellen zu lassen, als verbotenerweise Feindsender zu hören. Auch aus diesen persönlichen Bedürfnissen ist zum Teil sicher das starke Interesse an Informationen innerhalb der Bürokratie und die um sie geführten Auseinandersetzungen zu erklären.

Je mehr sich die Schere zwischen dem wachsenden Bedürfnis nach Informationen einerseits sowie der strikten Nachrichtenbeschränkungen andererseits öffnete, desto mehr breiteten sich die sogenannten „grauen“ Nachrichtenmärkte aus. Im Umfeld der

³ Dieser Ausdruck wird etwa in einem Rundschreiben Lammers v. 19.11.41 verwendet, das die Abhörberechtigung von Reichsministern behandelt; teilweise gedruckt in: Conrad F. Latour, Goebbels' „Außerordentliche Rundfunkmaßnahmen“ 1939–1942, in: VfZ 11 (1963), S. 418–435.

⁴ Zum heiklen Thema der Verquickung von journalistischer und nachrichtendienstlicher Tätigkeit siehe auch die gelegentlichen Hinweise in der Memoirenliteratur: v. Studnitz, Seitensprünge, S. 253; Zechlin, a.a.O., S. 167; Martin Sommerfeldt, Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt, Frankfurt a. M. 1952, z. B. S. 74.

Propagandadienststellen, aber auch anderer Behörden, im Bereich der Wirtschaft und in Kreisen beschäftigungslos gewordener Journalisten bildeten sich zahlreiche Informationsdienste, die ihren mehr oder weniger aus „dienstlichen“ Gründen interessierten Lesern die Möglichkeit gaben, auf einem Umweg die ansonsten verbotenen Auslandsnachrichten aufzunehmen.⁵ Als Reaktion auf die Zerstörung einer meinungsbildenden Öffentlichkeit und auf die Verstopfung der herkömmlichen Informationskanäle aus dem Ausland bildeten sich so kommunikative Ersatzstrukturen heraus, eine Art Medien-Subkultur. Zwar versuchte Goebbels, diese „grauen“ Nachrichtenmärkte angesichts der zunehmend unkontrollierten Gerüchtebildung und Beunruhigung innerhalb der Bevölkerung seit der Winterkrise 1941/42 zu beseitigen; daß ihm das nie völlig gelang, dürfte seine Ursache auch darin haben, daß das Regime in gewisser Weise auf diese Form der unterirdischen Meinungsbildung angewiesen war: der lebhafte Informationsaustausch auf den „grauen“ Nachrichtenmärkten war sowohl als Quelle für die vom Regime so hoch bewerteten Stimmungsberichte als auch für die Propaganda-Methode der Gerüchteverbreitung von Bedeutung.

In diesem, hier nur knapp skizzierten Umfeld sah es nun die Presseabteilung des AA als eine ihrer Hauptaufgaben an, sich exklusiv Informationen zu beschaffen und konkurrierende Apparate nach Möglichkeit von ihren Informationskanälen abzuschneiden. Bei der Informationsbeschaffung standen der Abteilung eine Vielzahl von Möglichkeiten zur Verfügung. So hatte vor allem Schmidt als Abteilungsleiter in einem sehr weitgehenden Umfang Einblick in allgemeine außenpolitische Informationen. Nicht nur, daß er den Schriftverkehr mit den Auslandsmissionen zum großen Teil mitlas⁶ und an den täglichen Abteilungsleiterbesprechungen teilnahm; sein guter persönlicher Kontakt zum Außenminister und seine Beziehungen zu Luther und Likus, die das Bindeglied des Amtes zum SS/SD-Komplex bildeten, dürften sich ebenfalls positiv auf seinen Informationsstand ausgewirkt haben.⁷

⁵ Neben den – am Ende dieses Abschnitts näher beschriebenen – Diensten der Presseabteilung hatte ein breites Leseangebot bestanden, so z. B. die von der Informationsabteilung des AA wöchentlich herausgegebenen Berichte „feindliche Hetzpropaganda betr. die besetzten und angegliederten Gebiete“, die wöchentlichen „Chi-Nachrichten“ der Wehrmacht mit Kurzfassungen ausländischer Rundfunksendungen, der 14tägig erscheinende „Wehrmacht-Propaganda-Lagebericht“ mit einem Überblick über die wichtigsten propagandistischen Aktivitäten im In- und Ausland, der tägliche Pressebericht der Auslandspressestelle der NSDAP oder die vom Pressepolitischen Amt der Partei erstellte „Auslandspresseschau“ des „Reichsleiterdienstes“. Zu den Informationsdiensten vgl. auch Willi A. Boelcke, Das „Seehaus“ in Berlin-Wannsee. Zur Geschichte des deutschen „Monitoring-Service“ während des zweiten Weltkrieges, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 23 (1974), S. 231–269, S. 262 f. sowie Herbst, a.a.O., S. 107 u. 195.

⁶ In einer Notiz für den Außenminister v. August 1940 bekräftigte Schmidt noch einmal seinen Anspruch, den gesamten Telegrammverkehr mit den Missionen vorgelegt zu bekommen. Er habe bereits den Staatssekretär „auf die Weisung des Herrn RAM hingewiesen, daß der Leiter der Presseabteilung von allen politischen Ereignissen zu unterrichten ist und daß die Presseabteilung nicht nur eine Durchgangsstation für die Presse ist, wie das früher der Fall gewesen sein mag, sondern die Zentrale für die Politik der in- und ausländischen Presse, soweit sie hier in Berlin gemacht wird.“ (AA, HA Schmidt 1, Schmidt an Ribbentrop, 14. 8. 40, 198 f.)

⁷ Schmidt kannte beide noch aus der Dienststelle Ribbentrop und duzte sich mit ihnen. Dabei soll ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß diese Kontakte in der Befragung Schmidts keine Rolle spielten.

Über die feindliche Publizistik war die Presseabteilung aus drei Hauptquellen direkt informiert: durch das Abhören der ausländischen Rundfunksender, durch die Beschaffung von Zeitungen und durch das Aufnehmen des Funkverkehrs der gegnerischen Nachrichtenagenturen. Daneben gab es weitere Informationsmöglichkeiten aus zweiter Hand: die Presseberichterstattung der Missionen, der Auslandskorrespondenten und der Vertreter der deutschen Agenturen im neutralen Ausland, den Austausch mit den Nachrichtenagenturen befreundeter Staaten und schließlich die im Reich kursierenden Propaganda- und Presseberichte verschiedener Stellen.⁸

Bei der weiteren Auswertung und Verbreitung dieser Informationen kam es für die Abteilung vor allem darauf an, den Nachrichtenstoff in einer möglichst frühen Phase der Bearbeitung, am besten in der Rohfassung, zu erhalten und sich nicht auf die – immer auch mit zeitlichen Verzögerungen verbundene – Bearbeitung durch andere Stellen zu verlassen. Insbesondere bemühte man sich aber, sich an den in der Umgebung des „Führers“ vorhandenen Informationsstand heranzutasten und so Rückschlüsse auf die hier entwickelten propagandistischen Leitlinien zu erhalten.

So bestand beispielsweise der Leiter des Referates Deutsche Presse, Lohse, darauf, daß der Abteilung „schon der Entwurf zum OKW-Bericht in der Form, wie er dem Führer vorgelegt wird“, zugeleitet wurde – so wurde es möglich, anhand der Korrekturen Rückschlüsse auf die propagandistischen Tendenzen in der Zentrale zu ziehen.⁹ Ebenso machte Schmidt den Außenminister darauf aufmerksam, daß hohe Beamte des Propagandaministeriums „jeden Morgen in einem Umfang, der mir im einzelnen nicht bekannt ist, über die Grundtendenz der militärischen Morgenbesprechung im Führerhauptquartier unterrichtet“ würden und so „weitgehend Aufschluß über pressepolitische Maßnahmen, die nicht einer direkten Weisung des Führers oder des Reichsaußenministeriums bedürfen“, erhielten. Für Schmidt lag die Gefährlichkeit dieses Verfahrens darin, daß hier Vertreter der „Konkurrenz“ unterhalb des in Führerweisungen und Absprachen zwischen beiden Ministerien fixierten status quo eine nicht kontrollierbare Informationsmöglichkeit besaßen; diese Gefahr zu erkennen, hieß aber, zu fordern: „Ich bitte den Herrn RAM zu erwägen, ob nicht eine gleiche Unterrichtung mir zuteil werden kann.“¹⁰

Umgekehrt betrieb die Abteilung eine rigorose Geheimhaltungspolitik. Schmidt beschwerte sich beispielsweise im Juli 1940 beim Außenminister, daß in der letzten Zeit „vertrauliche Erlasse der Presseabteilung ... immer wieder dem Propagandaminister zur Kenntnis gekommen sind“, wodurch „eine dauernde und grobe Gefährdung nicht nur der Arbeit der Presseabteilung, sondern der Arbeit des Auswärtigen Amtes mit seinen Missionen überhaupt“ eingetreten sei.¹¹ Im November des gleichen Jahres legte er dem Minister eine Zusammenstellung von sieben „Fällen“ vor, in denen „nachgewiesenermaßen der Inhalt geheimer Telegramme deutscher Auslandsmissio-

⁸ Zu diesen Informationsquellen der Abteilung siehe die verschiedenen Aufzeichnungen Lohses in: AA, PresseAbt. lfd. Nr. 4, Geschäftsgang, z. B. 20. 12. 39 u. 27. 1. 40. Bei der Systematisierung und Charakterisierung der eingehenden Informationen erwies sich die Befragung Schmidts als nützlich.

⁹ AA, PresseAbt. lfd. Nr. 4, Geschäftsgang, Aufzeichnung Lohse, ca. Anfang 1940.

¹⁰ AA, HA Schmidt 1, 18. 5. 40, 044.

¹¹ AA, HA Schmidt 2 a, Schmidt an Ribbentrop, 25. 7. 40, 176 f.

nen dem Propagandaministerium zur Kenntnis gelangt ist“.¹² v. Weizsäcker übernahm sodann diese Vorwürfe in einem Schreiben an die Missionen, in dem er anprangerte, „daß geheime oder vertrauliche Erlasse des Auswärtigen Amts an die deutschen Auslandsvertretungen, die Presseangelegenheiten betreffen, zur Kenntnis von Außenstehenden, zum Beispiel von Vertretern des Deutschen Nachrichtenbüros gelangt sind“. Der Staatssekretär machte die Missionen darauf aufmerksam, solche „Indiskretionen“ stellten eine „grobe Verletzung der allgemeinen Dienstpflichten“ dar, und drohte für den Wiederholungsfall, „die Schuldigen ohne Nachsicht zur Rechenschaft zu ziehen“.¹³

In einem anderen Fall berichtete Lohse dem Leiter der Presseabteilung, daß eine von ihm als „geheim“ bezeichnete Propagandaanweisung des Außenministers durch einen Mitarbeiter des AA an das Propagandaministerium weitergegeben worden sei, das sie dann auch exekutiert habe. Lohse beklagte nicht nur, daß die von dem konkurrierenden Ministerium eingesetzten publizistischen Verbreitungsmittel unwirksam geblieben waren, sondern vor allem, daß „damit eine Pressepropagandaanweisung des Herrn RAM dem Propagandaministerium zur weiteren Veranlassung in die Hände gespielt worden“ sei.¹⁴

Diese Beispiele mögen verdeutlichen, in welchem starkem Maße innerhalb des AA die Forderung nach Geheimhaltung interner Vorgänge die Möglichkeit einschränkten, zu einem umfassenden Austausch von Informationen zwischen allen an der Propaganda beteiligten Stellen zu kommen; ja, gerade angesichts der immer schwieriger werdenden Beschaffung von Nachrichten aus dem Ausland bemühte man sich um eine möglichst lückenlose Abschottung des eigenen Arbeitsbereichs.

Die auf verschiedene Weise gewonnenen und so sorgsam vor der Neugier konkurrierender Dienststellen geschützten Informationen wurden nach der Auswertung innerhalb der Abteilung durch verschiedene „Dienste“¹⁵ verbreitet. Im einzelnen waren dies:

- der „Sonderdienst Politische Nachrichten“ und der „Sonderdienst Militärische Nachrichten“, die hauptsächlich auf den aufgefangenen Meldungen feindlicher Agenturen basierten;
- der Bericht der Funkabhörstelle der Abteilung („FAST-Dienst“), in dem die aufgefangenen Rundfunknachrichten, die nicht schon als Pressematerial erfaßt worden waren, enthalten waren;
- der „Auslands-Presse-Bericht (Eigendienst)“ mit den nach Ländern geordneten Presseübersichten der Missionen;
- die „Südost-Information“, die die besonderen Informationsmöglichkeiten¹⁶ des AA auf dem Balkan nutzen konnte.

Diese Dienste der Presseabteilung dienten nicht nur der internen Unterrichtung innerhalb des AA, sondern hatten vor allem auch die Funktion, durch eine möglichst

¹² Ebenda, Schmidt an Ribbentrop, 23. 11. 40, 266–271.

¹³ AA, Botschaft Ankara, Presse u. Propaganda geh., Bd. 3, v. Weizsäcker an Botschaft, 23. 11. 40.

¹⁴ AA, PresseAbt. lfd. Nr. 38, Presse, Lohse an Schmidt, 17. 3. 42.

¹⁵ Kurze Skizzierung der Dienste in: AA, HA Schmidt 2 b, 30. 2. 42, 194–196.

¹⁶ Vgl. dazu Transkontinent-Press und die Rolle des AA beim Balkanfeldzug (Kapitel X, Abschnitt 3; Kapitel IX, Abschnitt 7).

exklusive und zuverlässige Nachrichtengebung innerhalb des NS-Herrschaftsapparates ein Gegengewicht zur Informationspolitik des Propagandaministeriums zu schaffen, namentlich auch der Tätigkeit des für die Nachrichtenauswahl im Führerhauptquartier zuständigen Dietrich etwas entgegenzusetzen.¹⁷ Somit Bestandteil des „grauen“ Nachrichtenmarktes, gerieten sie auch in den Sog der in der Winterkrise 1941/42 durch das Propagandaministerium ergriffenen Abschirmungsmaßnahmen.

2. Zeitungsbeschaffung

Im nationalsozialistischen Deutschland waren zahlreiche Stellen mit der Durchsicht und Auswertung ausländischer Periodika beschäftigt: neben verschiedenen Büros im Propagandaministerium¹⁸ und im Auswärtigen Amt¹⁹ beispielsweise die Auslandspressestelle der NSDAP in München²⁰, das Amt Presse („Lektorat Auslandspresse und Informationsdienst“) beim Reichsführer SS²¹ oder die Presseabteilung der Dienststelle Ribbentrop.²² Daneben unterhielten zahlreiche andere Dienststellen Auslandspressebüros, deren Hauptaufgabe die „Bearbeitung“ ausländischer Zeitungen war, d. h. meist die Sammlung von Presseauschnitten.²³

Während vor 1939 und in den ersten Kriegsjahren deutsche Dienststellen ihr Augenmerk vor allem darauf gerichtet hatten, den Kreis der Bezieher von Auslandszeitungen möglichst klein zu halten²⁴, wurde im späteren Verlauf des Krieges durch die überall betriebenen Abschirmungsmaßnahmen die schnelle Beschaffung von Zeitungen aus feindlichen Ländern überhaupt zum Problem. So bestanden die Hauptaufgaben der Pressestellen der deutschen Vertretungen in den neutralen Staaten darin, meist unter Umgehung von Exportrestriktionen, Periodika der Kriegsgegner zu beschaffen und auszuwerten. Innerhalb des Auswärtigen Amtes war ursprünglich die Presseabteilung zuständig für die Sammlung und Auswertung der ausländischen Presse. Als sich auf diesem Gebiet Ende 1939 die ersten Schwierigkeiten einstellten,

¹⁷ Befragung Schmidt.

¹⁸ Z. B. Abt. Deutsche Presse, Ref. 10; die Länderreferate der Abteilung Ausland; das Lektorat der Abteilung Zeitschriftenpresse: IfZ, NG 2066, Geschäftsverteilungsplan des Propagandaministeriums (1941).

¹⁹ Informationsabteilung, Referat 1; Presseabteilung, Referat X (siehe dazu die gedruckten Geschäftsverteilungspläne in den ADAP).

²⁰ AA, PresseAbt., Organisation, Bericht über Organisation, Wirkungsbereich und Tätigkeit der Auslandspressestelle.

²¹ IfZ, Fa 201, Rechenschaftsbericht v. 1. 11. 42.

²² AA, PresseAbt., Organisation, Geschäftsverteilungsplan des Botschafters von Ribbentrop, Presseabteilung.

²³ Im Bereich der Partei etwa die Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung, das Kolonialpolitische Amt der NSDAP, das Nationalsozialistische Kraftfahrerkorps: Führer durch Behörden und Organisationen, o. O. 1939, S. 10, 16 u. 24.

²⁴ Siehe dazu beispielsweise die Protokolle der Ministerkonferenz im Propagandaministerium v. 29. 10. 39, 9; 7. 11. 39, 2; 26. 4. 40, 13, in: Boelcke, Kriegspropaganda. Das Propagandaministerium hatte sich mit der Auslandszeitungshandel G.m.b.H. einen monopolartigen Vertrieb von ausländischen Zeitungen im Reich gesichert.

erhielt die Informationsabteilung einen Sonderauftrag zur Beschaffung von englischen und französischen Periodika für das gesamte Amt.²⁵

Ein Bericht dieser Abteilung beschreibt die Wege, auf denen die Presse der Kriegsgegner nach Deutschland gelangte: „Um den Bezug der Feindpresse sicherzustellen, wurden die englischen und französischen Zeitungen zunächst bei den Missionen in Belgien und Holland angefordert. Nach dem Beginn der deutschen Operationen im Westen und dem damit verbundenen Ausfall der Zeitungssendungen aus den genannten Ländern wurde der Bezug der Zeitungen über Italien und die Schweiz in die Wege geleitet.“²⁶ Als es hier aber zu Verzögerungen kam und Ribbentrop sich wiederholt über das Ausbleiben der für ihn bestimmten Zeitungen beschwerte, ergriff die Presseabteilung, die sich für die Nachrichtenversorgung des Außenministers verantwortlich fühlte, von sich aus die Initiative: sie beschaffte die gewünschten Blätter über ihre eigenen Kanäle aus der Schweiz, was zu einer erheblichen Verärgerung in der Informationsabteilung führte, der die wenigen vorhandenen Exemplare sozusagen vor der Nase weggeschnappt worden waren. Schließlich mußte die Presseabteilung einem Zusammenlegen der Lieferungen zustimmen.²⁷

Nachdem durch den Fortschritt der militärischen Operationen im Westen die Schweiz und dann – durch seinen Kriegseintritt – auch Italien für die Zeitungsausfuhr ausgefallen waren und die Informationsabteilung nicht ohne weiteres in der Lage war, eine Ersatzlösung bereitzustellen, drängte die Presseabteilung erneut auf „Loslösung von Inf. in der Bezugsfrage“.²⁸ Ende Juli 1940 konnte man auch mit der entsprechenden Anordnung Ribbentrops, nach der „die Presseabteilung ihm für die Besorgung der für ihn persönlich bestimmten Auslandszeitungen verantwortlich ist“²⁹, aufwarten. Mit dieser Entscheidung gewann die Abteilung auf diesem Sektor amtsintern erheblich an Prestige, was sie auch sogleich in Form von zusätzlichen Personalanforderungen auszunutzen suchte.³⁰

Hauptzufuhrland für die deutschen Zeitungsbeschaffer wurde nun Portugal, während des Zweiten Weltkriegs Aktionsfeld der verschiedenen Geheimdienste und wichtiger Umschlagplatz für Nachrichten. Als die USA nach ihrem Kriegseintritt begannen, scharfe Ausfuhrbeschränkungen für ihre Presseerzeugnisse einzuführen, wurde durch die Presseabteilung in Portugal Anfang 1942 eine regelrechte Organisa-

²⁵ AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Verwaltung I), Aufzeichnung für Schmidt aus Presseabteilung, 3. 7. 40. – Die Ausfuhr von deutschen Zeitungen während des Krieges war von der Genehmigung des Reichsverbandes der deutschen Zeitungsverleger abhängig; vgl. dazu: Kriegswichtige Bestimmungen für Zeitungsverlage. Quellen zur Vertriebs- und Anzeigenpolitik der deutschen Presse 1939–1944, hrsgg. v. Günter Kieslich, in: Publizistik 3 (1958), S. 229–244. – Zu den Schwierigkeiten der englischen Propaganda bei der Beschaffung von deutschen Zeitungen vgl. Charles Cruickshank, *The Fourth Arm. Psychological Warfare*, London 1977.

²⁶ AA, PresseAbt. Handakten Presse gen. (Verwaltung I), Stellungnahme der Informationsabteilung v. 3. 7. 40 (Abschrift).

²⁷ Aufzeichnung v. 3. 7. 40 (wie die in Anm. 25 zitierte Akte).

²⁸ Ebenda.

²⁹ AA, PresseAbt. lfd. Nr. 27 I, Personalien, Krümmer an Abt. Pers., 31. 7. 40.

³⁰ Ebenda, Werthmann (P X) an Krümmer, 27. 8. 40.

tion zur Zeitungsbeschaffung eingerichtet, die durch Wilhelm v. Fetter³¹ geleitet wurde. v. Fetter ließ – vor allem amerikanische – Zeitungen und Zeitschriften einschmuggeln, hielt nach kooperationsbereiten Besatzungen neutraler Schiffe Ausschau, stellte Kontakte zu Angestellten großer Hotels und der Vertretungen der Feindmächte her.³²

Besonders erfolgreich, so erinnert sich sein ehemaliger Chef Schmidt, habe sich v. Fetter darum bemüht, von dem Flugpersonal amerikanischer Linien über Mittelsmänner die in den Maschinen zurückgelassenen US-Illustrierten aufzukaufen.³³ Wichtigste Quelle aber war, folgt man weiter Schmidt, ein portugiesisches Fotolabor, in dem die amerikanische Botschaft ihre für den Transport über den Atlantik auf Mikrofilme verkleinerten Zeitungen wieder auf Normalgröße zurückkopieren ließ: Die Firma ließ gegen eine entsprechende Zuwendung für die Deutschen ein Exemplar anfertigen.

v. Fetter war in seiner Tätigkeit scharfer Konkurrenz ausgesetzt: die italienische und die japanische Vertretung, aber auch verschiedene Stellen der deutschen Gesandtschaft sowie die deutschen Auslandskorrespondenten bemühten sich um die Zeitungsbeschaffung.³⁴ Insbesondere die Auslandsjournalisten, zu deren Hauptaufgabe – und damit gleichzeitig wichtigster Legitimation für den Verbleib im Land – der Kauf der ausländischen Presse gehörte, waren so aktiv, daß sie durch gegenseitiges Überbieten die Preise in die Höhe trieben.³⁵ Der in diesen Markt neu hineinstoßende v. Fetter wurde so auch äußerst unfreundlich aufgenommen. In einem Bericht des Polizeiattachés der Botschaft, der im Auftrag des Reichssicherheitshauptamtes natürlich auch in diesem Gewerbe tätig war, heißt es über v. Fetter tadelnd: „Bedauerlich ist ferner, daß v. Fetter bei seiner Zeitungsbeschaffung Stellen angeht, die bis dahin schon von dem Gesandtschafts- und Pressedienst angezapft wurden. Um solche Zeitungen zu bekommen, überbietet er die bis dahin gebotenen Kaufsummen und steigert dadurch – den Staatssäckel schädigend – die Zeitungspreise.“³⁶ Da v. Fetter sich auch in

³¹ v. Fetter, Jahrgang 1880, war in der Presseabteilung seit Mai 1939 mit der Auswertung von englischen Zeitungen beschäftigt worden, wurde im Dezember 1940 dem Verbindungsbüro des AA beim Reichskommissar in den besetzten Niederlanden zugeteilt und war seit Anfang 1942 als selbständiger Sachbearbeiter für die Beschaffung von Zeitungen neben dem Pressereferenten in Lissabon tätig: AA, V-Stelle BfI, Organisation des Sonderreferates „Krümmer“, Bd. 1; siehe auch BDC, NSDAP-Karteikarte Fetter.

³² AA, Inland II g, Personalien des Auswärtigen Dienstes, Aufzeichnung v. Fetter v. 22.9.42.

³³ Befragung Schmidt.

³⁴ In einer Aufzeichnung v. 22.9.42 (AA, Inland II g, Personalien) vermutete v. Fetter, die Journalisten hätten in seinem Auftrag „eine Bedrohung ihrer Existenz in Lissabon“ gesehen, die Botschaft eine Kritik an ihrer bisherigen, nicht sehr erfolgreichen Arbeit; darum sei er so stark angegriffen worden.

³⁵ In einem Schreiben aus dem Propagandaministerium heißt es etwa über die 23 deutschen Auslandskorrespondenten in Lissabon: „Von einer einheitlichen Ausrichtung bezw. einem Zusammenarbeiten der Pressevertreter könne überhaupt keine Rede sein. Im Gegenteil, bei der gelegentlichen Ankunft US-amerikanischer Zeitungen und Zeitschriften mit dem Clipper oder einem amerikanischen Frachter werden die Preise durch gegenseitiges Überbieten in die Höhe getrieben.“ (BA, R 55/538, Abt. Ausl. an Abt. H, 14.7.43, 50). Auch Max W. Clauss, einer der Lissaboner Korrespondenten, bestätigt, daß die Beschaffung von alliierten Presseorganen zu seinen Hauptaufgaben gehörte (Befragung Clauss).

³⁶ V-Stelle BfI, Organisation des Sonderreferates „Krümmer“, Bd. 1, Schröder (Polizeiverbindungsführer) an Schellenberg (RSHA, Abt. VI), 30.5.42.

anderer Beziehung als angreifbar erwies³⁷, wurde schließlich in Berlin beschlossen, ihn zurückzuziehen und durch einen weniger exponierten Sachbearbeiter zu ersetzen.

Neben der regelmäßigen Belieferung des AA mit ausländischen Zeitungen und Zeitschriften kam die Presseabteilung auch entsprechenden Wünschen anderer Stellen nach.³⁸ So wurde es z. B. ihre besondere Aufgabe, Hitler³⁹ mit ausländischen Illustrierten (deren Text er zwar nicht verstand, die er aber immer gerne durchblätterte) zu versorgen. Im Dezember 1940 erging ein entsprechender Auftrag an die Abteilung, die von nun an das Führerhauptquartier mit diesem Material belieferte – eine Tatsache, die natürlich das Prestige der Presseabteilung auf diesem Gebiet weiter steigerte.

Außer der Beschaffung von Originalexemplaren war die Presseabteilung auch durch die ausführliche Berichterstattung der Missionen über die ausländische Presse informiert. Die dortigen Pressereferenten übermittelten Auszüge in der Form von Pressetelegrammen, stellten über verschiedene Zeiträume Presseübersichten zusammen und verfolgten im Auftrag Berlins die Berichterstattung über bestimmte Themen.⁴⁰

3. Die Nachrichtenagenturen als Informationsquellen

Der Informationsbeschaffung aus dem Ausland diente in erster Linie die weltweite Organisation des „Deutschen Nachrichtenbüros“ (DNB), während die beiden großen Auslandsagenturen „Transocean“ und „Europapress“ vor allem Nachrichten verbreiteten. Die Auslandsberichte des DNB, die in seinen nach Geheimhaltungsgraden abgestuften, verschiedenfarbigen Diensten⁴¹ zirkulierten, wurden vor allem wegen ihrer größeren Schnelligkeit anderen Auswertungsmöglichkeiten vorgezogen.⁴²

³⁷ v. Fetter hatte (nach dem sogenannten „Dolly-Wertheim-Skandal“) seinen Abschied als Kavallerieoffizier nehmen müssen. Die nun mehr als 30 Jahre zurückliegende Affäre wurde von dem Gesandten und Unterstaatssekretär Luther dazu benutzt, die Abberufung v. Fetters zu fordern: V-Stelle BfI, Organisation des Sonderreferates „Krümmer“, Bd. 1, Luther an Ges. Lissabon, 6. 7. 42, Gesandter Huene an Luther, 21. 7. 42, Luther an Schmidt, 3. 8. 42. Schmidt verteidigte ausdrücklich die Arbeit Fetters: ebenda, Schmidt an Luther, 15. 8. 42.

³⁸ Beispielsweise wurden für die Redaktion der Illustrierten „Signal“ englische und amerikanische Zeitungen besorgt: AA, PresseAbt. lfd. Nr. 56, Zeitschriften, Werthmann an Lohse, 27. 1. 40. Bereits vor Kriegsbeginn hatten deutsche Stellen einzelne ausländische Zeitungen gezielt bei den Missionen angefordert; so etwa das Sicherheitshauptamt: AA, PresseAbt., P 17, Bd. 1, Six (Zentralabteilung II) an AA, 19. 1. 39.

³⁹ Zu diesem Vorgang siehe: BA, R 43 II/478 a, 173–175. Diese Akte aus der Reichskanzlei enthält außerdem Rechnungen der Auslandsmissionen für die Beschaffung ausländischer Zeitungen und Zeitschriften aus den Jahren 1940–1944, vor allem von den Missionen Lissabon und Bern. Aus diesen Aufstellungen lassen sich allerdings die Lektürewünsche Hitlers über einen längeren Zeitraum nicht verfolgen.

⁴⁰ Vgl. Kapitel VIII, Abschnitt 3 dieser Arbeit.

⁴¹ Vgl. W. Hagemann, a.a.O., S. 318 f. – Zu den Nachrichtenagenturen und Pressediensten siehe allgemein Kapitel X dieser Arbeit.

⁴² So wies etwa der Chef des Amtes Presse im Persönlichen Stab des Reichsführers SS, Radtke, in einem Rechenschaftsbericht ausdrücklich darauf hin, daß er Himmler zweimal täglich eine „Übersicht über den wichtigsten Nachrichtenstoff der Auslandspresse“ lieferte, der sich im Unterschied zum Pressebericht des SD „auf die schneller eingehenden Depeschen des DNB-Rohmaterials stützt“ (IfZ, Fa 201, 1. 11. 42).

Doch nicht nur die schnelle Übermittlung durch den eingespielten Apparat machte den DNB für die verschiedenen Stellen so interessant, sondern vor allem, daß man durch sein Auslandsnetz an jene „vertraulichen Berichte“, „Stimmungsbilder“ oder gezielten Hintergrundinformationen aus dem Ausland herankam, die einen entscheidenden Informationsvorsprung bedeuten konnten. Diese Möglichkeiten erklären auch das starke geheimdienstliche Interesse an der größten deutschen Nachrichtenagentur.

So erzielte der SD im Dezember 1938 beispielsweise eine Übereinkunft mit dem DNB-Auslandschef von Ritgen, nach der die Agentur dem Chef des SD-Hauptamtes regelmäßig bestimmte Informationen zukommen lassen sollte. Für „einen kommenden Spannungsfall“ wurde die Entsendung eines SD-Mannes in das Büro v. Ritgens vereinbart, um den Chef des SD-Hauptamtes direkt informieren zu können.⁴³ Als Modell hatte der SD die Entsendung eines Wehrmachtoffiziers in Zivil in die DNB-Zentrale während der Sudetenkrise im Auge.⁴⁴ Auch die Berichte der Auslandsvertreter des DNB gelangten durch diese Kontakte in die Hände des SD.⁴⁵ Insbesondere zeigte der Geheimdienst starkes Interesse für das Auslandspersonal der Nachrichtenagentur und versuchte, Einfluß auf die Stellenbesetzung zu nehmen.⁴⁶ So setzte man sich beispielsweise 1938 dafür ein, den dem SD verbundenen ehemaligen „Daily Express“-Korrespondenten in Wien als DNB-Vertreter nach London zu entsenden.⁴⁷

War die routinemäßige Presseberichterstattung Domäne des DNB, so gehörte die Weitergabe von nicht zur Veröffentlichung bestimmten Hintergrundinformationen auch zu den Pflichten der Auslandsvertreter der anderen Nachrichtenagenturen und Pressebüros; als Beispiele können hier der vertrauliche Auslandsdienst des Aufklärungsausschuß Hamburg-Bremen, der Informationsdienst des Auslandspressebüros und der „I-Dienst“ der 1943 vereinigten Transocean-Europapress genannt werden.⁴⁸

Die Presseabteilung des AA war generell auf Informationen der sämtlich unter der Kontrolle des Propagandaministeriums arbeitenden Agenturen und Dienste angewiesen. Auch die für den außenpolitischen Entscheidungsprozeß eminent wichtige Zusammenstellung von Auszügen aus der internationalen Presse für Hitler geschah in erster Linie auf der Basis des DNB-Materials; sie wurde in einem eigenen Büro des Reichspressechefs im Führerhauptquartier vorgenommen.⁴⁹

⁴³ IfZ, MA 433, Gesprächsprotokoll v. 13. 12. 38, 855.

⁴⁴ Ebenda, Notiz für Schellenberg, 22. 10. 39, 851.

⁴⁵ So z. B. die Durchschrift eines „Vertraulich! Nicht für die Presse!“ gekennzeichneten Berichts des DNB-Vertreters in Helsinki, Otto v. Zwehl, über die Aufnahme von sudetendeutschen Sozialdemokraten in Finnland: ebenda, 7. 12. 38, 853 f.

⁴⁶ So ging der SD im Herbst 1939 z. B. auf Befehl Himmlers Beschwerden gegen die DNB-Vertreter in Budapest und Bukarest nach: ebenda, Gesprächsprotokolle v. 27. 9. 39 u. 5. 10. 39, 886–890.

⁴⁷ Dieser Informant hatte bereits zuvor Material über den Kreis um den Wiener Botschafter Papen geliefert und drängte nun, in größere finanzielle Schwierigkeiten geraten, auf eine feste Anstellung: ebenda, 961–971.

⁴⁸ BA, R 55/383, Leiter Abt. Auslandspresse an Minister, Bericht über Aufklärungsausschuß Hamburg-Bremen, 1. 12. 39; AA, PresseAbt., Deutschland 6, Bd. 2, AA an Botschaft Washington, 24. 1. 36 (Auslandspressebüro); AA, Kult. Pol. Lit. II, III–V, Spanien-Portugal-Komitee, enthält verschiedene Exemplare des I-Dienstes.

⁴⁹ Hansjoachim Höhne, Report über Nachrichtenagenturen, Baden-Baden 1977, Bd. 2, S. 130.

Wie sehr das AA durch die Dominanz des Propagandaministeriums auf diesem Gebiet ins Hintertreffen geraten konnte, zeigt eine Beschwerde der Presseabteilung beim Direktor des DNB: danach war eine Meldung „über sowjetrussische Zerstörungen an der karelischen Grenze“ Hitler am Nachmittag des 16. Juni 1941 vorgelegt worden, erreichte den Außenminister nach heftigem Drängen aber erst am frühen Morgen des nächsten Tages. Diese Verzögerung, die vom DNB mit einem technischen Fehler begründet wurde, bezeichnete die Presseabteilung als „Sabotage der außenpolitischen Führung des Reiches“ und drohte im Wiederholungsfall nicht nur eine Beschwerde bei Hitler an, sondern sogar „die großzügigste Einrichtung einer Nachrichtenbeschaffungsorganisation in der ganzen Welt“, um „die Versorgung des Auswärtigen Amtes mit Nachrichten auf dem schnellsten Wege sicherzustellen“.⁵⁰

Auch bei dem Plan, eine eigene Nachrichtenagentur des Auswärtigen Amtes für den Balkan zu gründen („Transkontinent Press“), spielte von Anfang an der Gesichtspunkt der Informationsbeschaffung eine wichtige Rolle. So heißt es in einer Aufzeichnung Lohses, die neue Agentur sei nicht mit bestehenden Einrichtungen zu vergleichen, da „Transkontinent Press alle Nachrichten sammelt und verbreitet, auch diejenigen, die nicht in der Presse stehen“; Aufgabe der Korrespondenten sei es, „aus eigenen Informationen und Anschauungen monatlich 1–2 vertrauliche Stimmungsberichte an die Zentrale [zu] geben, die dann ausschließlich dem Auswärtigen Amt zur Verfügung gestellt werden sollen“.⁵¹

Umgekehrt versuchte man, anderen Dienststellen den Zugang zu solchen Hintergrundinformationen zu erschweren. Unter anderem beschäftigte man sich in der Presseabteilung mit der Möglichkeit, über die Auslandsvertretungen in die Nachrichtenggebung des DNB einzugreifen. So wurde in der Abteilung ein Entwurf für ein Schreiben des Staatssekretärs erarbeitet, in dem dieser das DNB veranlassen sollte, seine Korrespondenten anzuweisen, „sich jeder unmittelbaren politischen Stellungnahme in ihren Berichten zu enthalten und sich auf ihre eigentlichen Aufgaben der Nachrichtenübermittlung zu beschränken“. In Kriegszeiten sei „eine absolute Konzentration der gesamten politischen Ausrichtung erforderlich“. Daher sei auch „eine eigene politische Berichterstattung an Reichsdienststellen oder Reichsorganisationen in außenpolitischen Fragen und über das Ausland neben der amtlichen Berichterstattung unerträglich und unzulässig“⁵².

⁵⁰ AA, PresseAbt. lfd. Nr. 39, Presse, Schmidt an Albrecht (DNB), 18.6.41.

⁵¹ AA, PresseAbt. lfd. Nr. 57 II, Zeitschriften, Stellungnahme Lohse, 3.4.40.

⁵² AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Aufzeichnungen I), Entwurf Krümmer für Staatssekretär v. Jan. 1940. Neben der Idee, über die Missionschefs eine Aufsicht über die Nachrichtenggebung der quasi-amtlichen DNB-Korrespondenten einzuführen, gab es auch Überlegungen, die Berichterstattung der anderen deutschen Auslandsjournalisten zu kontrollieren. Als z. B. der VB-Korrespondent in Stockholm die Gesandtschaft bat, für die Weiterleitung seiner Artikel und die seiner Kollegen den Kurierweg benutzen zu dürfen, und die Gesandtschaft diese Bitte mit dem Zusatz befürwortete, „auf diese Weise die Möglichkeit der Einsicht in die Presse-Berichterstattung aus Schweden zu erhalten“, reagierte die Presseabteilung in Berlin positiv; sie fügte in ihrem Antworttelegramm aber noch hinzu, man solle die Journalisten „in geeigneter Form“ darauf hinweisen, „daß dieses für Schriftleiter dankenswertes Entgegenkommen Presseabteilung Auswärtiges Amt darstellt und Erwartung daran geknüpft wird, daß Korrespondenten nicht nur ihre Aufsätze, sondern auch vertrauliche Informationsberichte auf Kurierweg Amtes nach Berlin übermitteln.“ (AA, Ges. Stockholm, P 4, Nr. 1 u. 2, Ges. an AA, 28.4.44 u. AA an Ges., 4.3.44).

Tatsächlich versuchten die Missionen, die Berichterstattung der Agenturvertreter mit ihrer eigenen abzustimmen, um so abweichende Einschätzungen zu verhindern und unerwünschte Rückfragen deutscher Stellen zu vermeiden. So berichtet etwa der DNB-Korrespondent in New York, Alfred Lückenhaus, wie er im April 1940 vom deutschen Geschäftsträger in Washington aufgefordert wurde, seine Berichterstattung über die Wirkung einer deutschen Propagandaaktion den Erfolgsmeldungen der Botschaft und der Erwartungshaltung Berlins anzupassen.⁵³

Solche Eingriffe führten zu entsprechenden Reaktionen des Propagandaministeriums, das die zunehmende Einflußnahme der Auslandsvertretungen auf die Berichterstattung der DNB-Korrespondenten besorgt registrierte. So vermerkte das Protokoll der Ministerkonferenz vom 29.4.1940: „Der Minister beauftragt Herrn Bömer und Herrn Stephan, dafür zu sorgen, daß die DNB-Berichte aus dem Ausland unbedingt objektiv gehalten werden. Die DNB-Vertreter haben nach Berlin nur das Rohmaterial zu liefern, um die Ministerien ins Bild zu setzen; die Auswertung darf erst hier in Berlin geschehen. Auf eine Bemerkung von Herrn Bömer hin erklärt der Minister, daß die deutschen Gesandtschaften auf diese Berichte in Zukunft keinen Einfluß mehr nehmen sollen, damit nicht gefärbte Berichte ins Reich kommen.“⁵⁴

Nachdem sich im Laufe des Krieges die den deutschen Agenturen zur Verfügung stehenden Auslandsposten immer mehr verringerten, erhielt die Übernahme von Informationen ausländischer Nachrichtendienste immer größere Bedeutung. Neben dem von verschiedenen Stellen betriebenen direkten Aufnahmen des Funkverkehrs der großen internationalen Agenturen gab es eine Reihe von Umwegen, um an dieses Material zu gelangen. So gehörte es beispielsweise zu den Aufgaben des deutschen Generalkonsulats in Zürich, das alliierte Agenturmaterial auszuwerten; es wurde hier „umgehend redaktionell überarbeitet und nur kurze Zeit nach dem Eingang dreimal täglich nach Berlin telefoniert“.⁵⁵ Auch zur Erledigung von Sonderwünschen wurden die Außenposten des AA in der Schweiz eingeschaltet: im Sommer 1942 veranlaßte die Presseabteilung beispielsweise die Gesandtschaft in Bern, über eine Schweizer Zeitung eine brasilianische Artikelkorrespondenz zu bestellen und für ihre „schnellstmögliche wörtliche Weitergabe“ nach Berlin zu sorgen. Für diesen Plan, der, wie die Gesandtschaft selbst schrieb, „in schärfstem Widerspruch zu den Schweizer Pressevorschriften“ stand, konnte man nach längerem Suchen schließlich die „Schweizer Handelszeitung“ gewinnen, die Kontakt mit dem Herausgeber in Rio de Janeiro aufnahm.⁵⁶ Einen weiteren wichtigen Informationsbereich erschloß sich die Berliner Presseabteilung durch ein Abkommen mit der spanischen Agentur EFE. Nachdem die deutschen Aktivitäten in Südamerika Anfang 1942 gestoppt worden waren, stellte ihr die spanische Gesellschaft die durch ihr dortiges Netz aufgefangenen Nachrichten zur Verfügung.⁵⁷

⁵³ Alfred Lückenhaus, *Von draußen gesehen*, Düsseldorf 1955, S. 195 f.

⁵⁴ Boelcke, *Kriegspropaganda*, 29. 4. 40, 5; vgl. auch 30. 4. 40.

⁵⁵ AA, Ges. Bern, P 3, Nr. 4, Genkons. Zürich an Ges., 4. 5. 44.

⁵⁶ AA, Ges. Bern, P 1, Schmidt an Ges., 7. 7. 42, Antwort 9. 7. 42; Ges. an AA, 6. 8. 42.

⁵⁷ Näheres siehe S. 243 f. dieser Arbeit.

4. Monitoring

Zu Kriegsbeginn existierten in Deutschland verschiedene Stellen, die unkoordiniert und meist unsystematisch ausländische Rundfunksendungen abhörten⁵⁸: die Reichspost, die Gestapo, das Forschungsamt der Luftwaffe (der hauseigene Spionagedienst Görings), die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft, die Wehrmacht, verschiedene Nachrichtenbüros und andere Organisationen; innerhalb des Auswärtigen Amtes unterhielt u. a. die Presseabteilung einen eigenen Abhördienst.⁵⁹

Mitte 1940 ergriff die Rundfunkabteilung des AA die Initiative und begann, mit dem „Sonderdienst Seehaus“ einen technisch überlegenen Abhördienst einzurichten.⁶⁰ Um dem Vorwurf der Doppelarbeit zu begegnen, betonten die Betreiber des Seehauses anfangs, daß sie lediglich mit der Erfassung entfernterer Stationen eine „Lücke“ schließen wollten. Die spätere Ausweitung des Empfangs auf Sender, die ohnehin schon von anderen Stellen abgehört wurden, wurde dann mit der „Vollständigkeit, Zuverlässigkeit und Schnelligkeit des Seehauses“ begründet, woraus sich der Anspruch auf eine zentrale Stellung auf dem Gebiet des „Monitoring“ ableiten ließ.⁶¹

Das Seehaus erweiterte seine Tätigkeit auf das Abhören von über 150 Sendern, errichtete verschiedene Außenstellen, u. a. in Graz, Kopenhagen, Bukarest und Shanghai⁶², und beschäftigte im In- und Ausland bis zu 700 Mitarbeiter.⁶³ Die aufgezeichneten Sendungen wurden in „vollständigen Abhörbänden“, zusammenfassenden „Funkspiegeln“ und in an speziellen Themen orientierten „Auswertungsberichten“ an interessierte Stellen verteilt.⁶⁴

Durch die umfassende Abhörtätigkeit und die großzügige Verteilung des Materials gelang es dem Seehaus, andere Stellen zu veranlassen, eigene Abhöreinrichtungen stillzulegen bzw. nicht aufzubauen.⁶⁵ Schließlich ordnete Göring im Dezember 1940 an, daß das Seehaus künftig die einzige Aufnahmeeinrichtung des Reiches sein solle und alle anderen Stellen, auch sein eigenes „Forschungsamt“, ihre Tätigkeit einzustellen hätten. Als Goebbels dagegen Einspruch erhob, weil er – so vermutete man im

⁵⁸ Boelcke, Seehaus, S. 238 f.

⁵⁹ AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Verwaltung I), Stellenplan Referat P XIII (Stand Anfang 1940); ebenda, Krümmer an Abt. Pers., 26. 10. 39. Danach war die Einrichtung der Abhörstelle durch eine Verfügung v. 23. 10. genehmigt worden. Außerdem unterhielt beispielsweise das Rundfunkreferat des AA einen eigenen Abhörapparat an der Gesandtschaft in Kopenhagen: AA, HA Luther 3, Luther an Krümmer, 8. 10. 40, 375.

⁶⁰ Zur Einrichtung siehe Boelcke, Seehaus, S. 240 ff. Die Abhörstelle befand sich in einer ehemaligen Ausflugsgaststätte am Wannsee, eben dem „Seehaus“.

⁶¹ Aufzeichnung „Aufgaben und Entwicklung des Seehauses“, 30. 1. 40, gedruckt in: Reimund Schnabel, Mißbrauchte Mikrofone, Deutsche Rundfunkpropaganda im Zweiten Weltkrieg. Eine Dokumentation, Wien 1967, Dokument 99.

⁶² Zur Tätigkeit des Seehauses siehe Boelcke, Seehaus, und Schnabel, a.a.O., bes. Dokument 104: Zusammenfassung des Einsatzes der Erfassung, 12. 1. 42 u. Dokument 105: Übersicht über die zahlenmäßige Besetzung der Arbeitseinheiten des Sonderdienstes Seehaus, 16. 2. 42.

⁶³ Zur Entwicklung des Personalstandes siehe: BA, R 2/4919 a, Die Tätigkeit der Interradio mit Angaben des Personalaufwandes, 16. 8. 44, 117–129.

⁶⁴ Boelcke, Seehaus, S. 251 f. und Schnabel, a.a.O., Dokument 99 (vgl. Anm. 61).

⁶⁵ Ebenda.

Seehaus – „eine Abhängigkeit von einem Institut des Auswärtigen Amtes vermeiden wollte“, machte der Reichsmarschall seine Anordnung wieder rückgängig, so daß Forschungsamt und Seehaus weiter nebeneinander bestehen blieben.⁶⁶

Goebbels gab seinerseits in einem Schreiben an den Chef der Reichskanzlei die Schuld am Nicht-Zustandekommen einer zentralen Abhöreinrichtung dem AA: er habe dem Vorschlag Görings, „die vielen ... Abhörorganisationen der verschiedenen Behörden unter einen Hut zu bringen ... sofort“ zugestimmt, während das AA die Verhandlungen hingezogen und „unterdessen in Konkurrenz eine eigene Abhörzentrale“ errichtet habe. Diese Einrichtung stehe im Widerspruch zum Führerbefehl vom 8. September 1939 und sei völlig überflüssig, da sie „selbstverständlich nur dieselben Rundfunknachrichten wie die schon bestehenden Abhörorganisationen abhören“⁶⁷ könne.

Ein Kompromiß in dieser Frage konnte schließlich im Arbeitsabkommen der beiden Ministerien vom 22. Oktober 1941 erzielt werden. Das „Institut Seehaus“ wurde nun zusammen mit einer Reihe weiterer, bisher umstrittener Einrichtungen im Bereich des Rundfunks in eine Dachgesellschaft, die „Interradio AG“, eingebracht „und somit der gemeinsamen Aufsicht der beiden Ministerien unterstellt“.⁶⁸ Mit dieser Beteiligung des Propagandaministeriums am Seehaus war offensichtlich eine Zusage Goebbels verbunden, nunmehr auf die Einstellung anderer Abhördienste hinzuwirken.⁶⁹

Während sich der Propagandaminister so einen Einfluß auf die zentrale Monitoring-Einrichtung des Reiches gesichert hatte, versuchte er als nächstes, auch die Verteilung des Seehaus-Materials unter seine Kontrolle zu bringen.⁷⁰ Ein Ansatzpunkt bot sich ihm in der Frage der Abhörgenehmigung für ausländische Rundfunksender. Nachdem bereits zu Kriegsbeginn der Empfang fremder Stationen kriminalisiert und das „dienstliche“ Abhören an eine Genehmigung der einzelnen Ressorts gebunden worden war⁷¹, beabsichtigte Hitler im Herbst 1941 – vermutlich nicht ohne Drängen

⁶⁶ Ebenda und BA, R 55/1253, Leiter Sonderdienst Seehaus an Leiter Rundfunkabt./Propagandamin., 20. 12. 41, 325 f.

⁶⁷ Goebbels an Lammers, 16. 6. 41, teilweise gedruckt in Schnabel, a.a.O., S. 223 f.

⁶⁸ AA, Kult. Gen. Geh. 11, Bd. 4. Zur Interradio siehe Schnabel, a.a.O., S. 133–223 f., und Boelcke, Macht, S. 301, der sich vor allem auf die Überlieferung des Finanzministeriums (BA, R 2/4913–4919a) stützt; siehe dazu aber auch R 55/734. Eine nach dem Arbeitsabkommen angefertigte „Geschäftsordnung des Sonderdienstes Seehaus“ findet sich in R 55/634, 90–92.

⁶⁹ Schnabel, a.a.O., Dokument 99 (vgl. Anm. 61).

⁷⁰ Zu den folgenden Auseinandersetzungen um die Verteilung des Seehaus-Materials, die von großer Relevanz für die Frage der Informationssteuerung innerhalb der NS-Führungsspitze waren, vgl. vor allem Boelcke, Seehaus, und Latour, a.a.O. Latour stützte sich dabei auch auf die Überlieferung der Reichskanzlei (BA, R 43 II/639), Boelcke auf die des Finanzministeriums (R 2/4917 u. 4919a) und die des Propagandaministeriums (R 55/13 u. 465). Interessante Vorgänge finden sich aber auch in den in diesem Zusammenhang bisher nicht beachteten Akten R 55/634, 734, 1253 u. 1270.

⁷¹ Latour, a.a.O., S. 418 ff. Der Hinweis von Latour, der letzte Satz des Schnellbriefes von Goebbels zur Frage der Abhörberechtigung v. 21. 9. 39 stelle „einen kaum verhüllten Schlag“ gegen den Seehaus-Dienst dar (S. 423, Anm. 16), ist unzutreffend, da es das Seehaus zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht gab.

Goebbels⁷² –, diese Regelung durch eine neue Anordnung zu verschärfen; es solle, so erklärte Bormann in einem Schreiben vom Oktober den Führerwillen, „nur derjenige künftig ausländische Sender abhören dürfen, der hierzu ausdrücklich vom Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda ermächtigt worden ist“.⁷³ Als darauf Lammers Goebbels auf den zu erwartenden Widerstand der übrigen Ressorts aufmerksam machte⁷⁴, antwortete der Propagandaminister ihm mit einem Katalog von präzisen Vorschlägen zur künftigen Abhörberechtigung von Reichsministern, Reichsleitern und Gauleitern.⁷⁵

Nach verschiedenen Sondierungen arbeitete Lammers einen Entwurf für eine Führeranweisung⁷⁶ aus, den er am 19. November Goebbels, Bormann, Ribbentrop und Himmler zunächst einmal zur Stellungnahme übermittelte. Der Entwurf sah vor, daß die Reichsminister, die für ihre Person eine Abhörgenehmigung von Hitler erhalten hatten, weitere Genehmigungen für ihren Geschäftsbereich von Goebbels bestätigen lassen mußten. Außerdem sollte jedem Abhörberechtigten ein vom Propagandaministerium verfaßtes „Informationsblatt“ zukommen, um ihn über die „wahren“ Tatsachen in Kenntnis zu setzen. Dieser Entwurf entsprach völlig den Intentionen Goebbels⁷⁷; er war für ihn die wesentliche Voraussetzung, auch die Verteilung des Seehausmaterials zu kontrollieren, denn: „Ich vertrete den Standpunkt, daß nur diejenigen den Seehausdienst erhalten dürfen, die vom Führer auch die Erlaubnis bekommen haben, ausländische Sender abzuhören.“⁷⁸

Im Auswärtigen Amt stieß dieser beabsichtigte Eingriff in den eigenen Geschäftsbereich natürlich sofort auf Widerstand. Staatssekretär v. Weizsäcker wurde am 25. November bei Lammers vorstellig und drängte darauf, dem Propagandaminister nur ein Recht auf Kenntnisnahme, nicht aber auf Genehmigung der Abhörberechtigungen innerhalb des AA zuzugestehen.⁷⁹ Goebbels lehnte eine solche Änderung des Entwurfs

⁷² Goebbels war mit dieser Frage seit Anfang Oktober beschäftigt. Am 1. 10. schreibt er, die offenkundigen Widerstände verniedlichend, in sein Tagebuch: „Ich mache mit der Partei und mit den Obersten Reichsbehörden aus, daß das Abhören ausländischer Sender nun auch für die höchsten Parteivertreter und Reichsbeamten verboten wird.“ (IfZ, ED 172/91.)

⁷³ Bormann an Lammers, 10. 10. 41, Zitat bei Latour, a.a.O., S. 424.

⁷⁴ Lammers an Goebbels, 17. 10. 41, ebenda, S. 424 f.

⁷⁵ Goebbels an Lammers, 24. 10. 41, ebenda, S. 425 f.

⁷⁶ Ebenda, S. 427 f.

⁷⁷ Goebbels erklärte sich ausdrücklich mit dem Entwurf Lammers' einverstanden (ebenda, S. 428). Unter dem 22. 10. trägt er in sein Tagebuch ein, der „Führer“ ersuche ihn „um eine Stellungnahme bezüglich des Abhörens ausländischer Sender durch sogenannte Prominente“. Er habe Hitler vorgeschlagen, nur solchen Personen eine Abhörgenehmigung zu erteilen, die dazu auch aus dienstlichen Gründen verpflichtet seien, und ihnen zweitens Material zukommen zu lassen, das ihnen „einen Blick für die tatsächliche Lage öffnet“; beide Voraussetzungen entsprechen den Bestimmungen des Führerentwurfs. Weiter schreibt Goebbels hier zu den Wirkungen der feindlichen Propaganda: „Wozu muß einer, der mit dieser Materie nicht beschäftigt ist, sich jeden Abend das ganze Lügengeschwafel von der Gegenseite anhören? Er hat ja keinen Vorteil, sondern nur einen Nachteil davon. Er kann nicht, wie Persönlichkeiten, die mit dieser Materie beschäftigt sind, jede Lügenmeldung durch unmittelbare Nachfrage sich selbst widerlegen, und dann wirkt sich in ihm der Satz aus: ‚Semper aliquid haeret.‘“ (IfZ, ED 172/91.)

⁷⁸ Lochner, Goebbels-Tagebücher, Eintragung v. 25. 1. 42, S. 55.

⁷⁹ Latour, a. a. O., S. 428.

strikt ab⁸⁰; wie sich aus einer Aufzeichnung aus dem Sonderreferat Krümmers des AA ergab, wäre er aber mit einer internen, nicht schriftlich fixierten Regelung im Sinne des AA einverstanden gewesen, um „Berufungen von dritter Seite auszuschließen“.⁸¹ Nach wochenlangen Verhandlungen mußte Goebbels aber nachgeben. Anfang Januar kam eine Verordnung zustande, die dem Auswärtigen Amt die Kompetenz über die Abhörerlaubnis im eigenen Haus beließ.⁸²

Nachdem ihm in der Frage der Abhörgenehmigung nur ein begrenzter Erfolg gelungen war, versuchte Goebbels nun in einem neuen Anlauf, das gefährliche Eindringen von Nachrichten aus dem Ausland zu unterbinden: er griff direkt in die Verteilung des Seehaus-Materials ein. In diesem Punkt hatten die beiden Ministerien nach dem Arbeitsabkommen vom Oktober 1941 vereinbart, das Auswärtige Amt solle in seinem Bereich verantwortlich sein, das Propagandaministerium alle übrigen Stellen beliefern; aufgrund einer Intervention des OKW war für militärische Stellen eine Sonderregelung in Aussicht genommen worden.⁸³ Analog zu den Einschränkungen bei den Abhörgenehmigungen hatten Propagandaministerium und Auswärtiges Amt noch im Jahre 1941 verschiedene Kürzungen ihrer jeweiligen Verteilerlisten vorgenommen⁸⁴, als es nun im Januar 1942 zu einer völlig neuen Situation kam:

Ausgelöst durch in Offizierskreisen angeblich umlaufende Gerüchte hatte Goebbels einen gefährlichen „Defätismus“ in militärischen Führungsstellen ausgemacht und auf der Suche nach dessen Ursachen den allzu freizügig verteilten Seehaus-Dienst als einen Hauptschuldigen erkannt. Goebbels und auch der Chef der Wehrmacht-Abwehr, Canaris, intervenierten darauf in dieser Frage bei Hitler, der ja ohnehin eine restriktive Informationspolitik befürwortete.⁸⁵

⁸⁰ Ebenda.

⁸¹ Sonderreferat Krümmers 2/5, Krümmers an Luther, 29. 11. 41.

⁸² Die Einigung kam am 12. 1. zustande, wurde am 15. 1. durch die Reichskanzlei herausgegeben und am 23. 1. durch ein Rundschreiben Goebbels' an die Obersten Reichsbehörden ergänzt: Latour, a. a. O., S. 428 f.

⁸³ BA, R 55/734, Sonderdienst Seehaus, Anordnung betreffend Verteilung des Seehaus-Materials, 16. 12. 41, 246–247; ebenda, Leiter Abt. Rundfunk an Staatssekretär, 24. 1. 42, 177 f. Im Propagandaministerium war das Hauptreferat Erkundung für die Auswertung zuständig. Um das im Seehaus auflaufende Material schneller und auf die Interessen des eigenen Ministeriums bezogen verarbeiten zu können, hatte es im November dort eine eigene Außenstelle eingerichtet (BA, R 55/734, HR Erkundung [Stache] an Leiter Abt. Rundfunk, 29. 10. 41, 297 f.). Weiter wurde vereinbart, den im Seehaus bestehenden „Meldedienst RAM“ zu einem „Ministermeldedienst“ für Goebbels und Ribbentrop auszubauen, der unabhängig von der normalen Auswertungsarbeit tätig sein sollte (ebenda, HR Erkundung an Leiter Seehaus, Zusammenfassung der getroffenen Vereinbarungen, 9. 12. 41, 255–257; Sonderdienst Seehaus, Anordnung betreffend Minister-Meldedienst, 13. 12. 41, 248).

⁸⁴ Das Propagandaministerium stellte am 7. 1. eine neue Bezieherliste zusammen, die nach einer Anordnung v. 12. 1. noch einmal überprüft wurde: BA, R 55/734, HR Erkundung an Seehaus, 7. 1. 42, 214 f., Rundschreiben Sonderdienst Seehaus v. 12. 1. 42, 205–207. Das AA nahm von sich aus mehrere Kürzungen vor: Schnabel, a. a. O., Dokument 99 (vgl. Anm. 61) und BA, R 55/734, Leiter Abt. Rundfunk an den Staatssekretär, 24. 1. 42, 177 f.

⁸⁵ Zur Schilderung der Vorgänge siehe Boelcke, Seehaus, S. 256 ff., und Hans Leo Martin, Unser Mann bei Goebbels. Verbindungsoffizier des Oberkommandos der Wehrmacht beim Reichspropagandaminister 1940–1944, Neckargemünd 1973, S. 64 ff. Danach forderte Goebbels seinen Verbindungsoffizier Martin auf, ihm einen schriftlichen Bericht über die „defätistische Stimmung“ im Offizierskorps und ihre Ursachen vorzulegen. Daraufhin meldete sich Martin bei seinem Chef, dem Leiter der Wehrmachtpropaganda, Wedel, der eine günstige Gelegen-

In den folgenden Tagen kam es zu einer Reihe von Neuregelungen für den Seehaus-Dienst, die offensichtlich zum Teil auf mündliche Anweisungen Hitlers zurückgingen, ohne daß sich die Willensäußerungen des „Führers“ im einzelnen noch rekonstruieren ließen.

Am 24. Januar erwartete man im Propagandaministerium eine Neuregelung in der Abhörfrage und ging davon aus, „daß nur denjenigen Personen, die die Genehmigung zum Abhören ausländischer Sender besitzen, das Abhörmaterial des Seehausdienstes“ zugeleitet werde.⁸⁶ Zunächst kam es zu einer Aussprache zwischen Canaris, Goebbels und Ribbentrop, die – vermutlich um einer entsprechenden Führeranweisung von sich aus entgegenzukommen – eine abrupte Einschränkung des Seehaus-Dienstes vereinbarten. Am 25. Januar erhielt das Seehaus die Anweisung, das bisher in Hunderten von Exemplaren vertriebene Material nur noch an fünf Bezieher in je einer Ausfertigung zu liefern.⁸⁷

Nach einer längeren Aussprache mit Hitler am 29. Januar teilte Goebbels allen betroffenen Stellen mit, der „Führer“ habe ihm „die Verantwortung für die sachgemäße und auf das unbedingt notwendige Maß eingeschränkte Verteilung des Sonderdienstes Seehaus (Abhörmaterial) übertragen“. Weiter kündigte der Propagandaminister in diesem Schreiben an, „daß der Kreis der Bezugsberechtigten des Abhörmaterials ... auf keinen Fall über den Kreis der in Zukunft zum Abhören ausländischer Rundfunksender berechtigten Personen hinausgeht“⁸⁸.

Die plötzliche Neuregelung führte zu erheblichen Irritationen: im Auswärtigen Amt glaubte man zunächst, aufgrund der früheren Absprachen über den Seehaus-Dienst sei auch jetzt „die Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes in Hinsicht auf die Verteilung für den Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes in keiner Weise berührt“⁸⁹, mußte sich dann aber doch auf die neue Situation einstellen⁹⁰. Das Seehaus

heit sah, den ihm aus bestimmten Gründen lästigen Seehaus-Dienst auszuschalten, und einen entsprechenden Bericht anfertigen ließ. Diese Darlegung wurde dann zum entscheidenden Ansatzpunkt für Goebbels. – In dem Seehaus-Aufsatz Boelckes wird der Eindruck erweckt, als sei die Initiative zur Einschränkung des „dienstlichen“ Abhörens vor allem von Hitler ausgegangen (bes. S. 256). Der Autor folgt hier auch der Selbstdarstellung des Propagandaministers, der sich wieder einmal als eiliger Vollstrecker des Führerwillens vorstellt (Lochner, a. a. O., Eintragung v. 21. 2. 42, S. 44, 22. 1. 42, S. 46 u. 24. 1. 42, S. 51). Tatsächlich aber dürfte Goebbels – obwohl sich der Entscheidungsprozeß in der Führungsspitze wie so oft wegen des Fehlens schriftlicher Unterlagen nicht lückenlos rekonstruieren läßt – der Motor in dieser Angelegenheit gewesen sein; diese Annahme gewinnt an Überzeugungskraft, wenn man seine gegen das Abhören gerichteten Maßnahmen im Zusammenhang mit den von ihm mit großer Vehemenz und Zähigkeit betriebenen Anstrengungen zur Kontrolle des Seehauses und anderer mißliebiger Informationskanäle sieht.

⁸⁶ BA, R 55/734, Abt. Rundfunk an Ministeramt, 24. 1. 42, 171. Goebbels war in diesen Tagen sehr stark mit dem Seehaus beschäftigt; er hielt u. a. Besprechungen mit Hitlers Chefadjutant Schmudt und Canaris in dieser Angelegenheit ab. Siehe dazu die Tagebucheinträge bei Lochner, a. a. O., v. 23. 1., 24. 1., 25. 1., 27. 1. u. 30. 1.

⁸⁷ Ebenda, Notiz Sonderdienst Seehaus, 173.

⁸⁸ Ebenda, Schnellbrief Goebbels' v. 30. 1. 42, 142; zur bisherigen Praxis siehe auch: Aufgaben und Entwicklung des Seehauses (Schnabel, a. a. O., Dokument 99). Zur Besprechung mit Hitler: Boelcke, Seehaus, S. 258.

⁸⁹ AA, HA Luther 13, Luther an Krümmer, 2. 2. 42, 300. Innerhalb des AA wurde unmittelbar nach der Einschränkung des Seehaus-Dienstes der Aufbau einer eigenen „Nachrichtenzentrale“ vorbereitet: ebenda, Luther an v. Kries, 31. 1. 42, 175.

⁹⁰ Siehe dazu: AA, HA Luther 14, Luther an Rühle, 6. 2. 42, 261–263.

selbst ließ verlauten, daß „in den letzten Tagen verschiedene Stellen dazu übergegangen sind, neue eigene Abhördienste zur Erfüllung ihrer dienstlichen Erfordernisse aufzubauen, um den Ausfall des Seehausmaterials wenigstens zum Teil auszugleichen“⁹¹. Die Situation war weiter dadurch verschärft worden, daß unter Berufung auf eine andere Führeranordnung alle militärischen Stellen von der Belieferung des Seehaus-Materials ausgenommen worden waren. Daraufhin zog die Wehrmacht ihr bisher dem Seehaus zur Verfügung gestelltes Fernschreib-Personal zurück; Ersatz war zunächst nicht zu beschaffen. Ebenso schränkte das Forschungsamt seine Zusammenarbeit mit dem Seehaus ein.⁹²

Da solche Reaktionen darauf hindeuteten, daß die Existenz der gesamten Abhöreinrichtung in Frage gestellt war, sahen sich Auswärtiges Amt und Propagandaministerium veranlaßt, nach der fast völligen Einstellung des Seehaus-Dienstes in Verhandlungen eine schnelle, alle Stellen befriedigende Neuregelung zu suchen; eine gemeinsam von beiden Ministerien gebildete „Ersparungskommission“ erarbeitete hierfür Vorschläge.⁹³

Das Ergebnis dieser Verhandlungen wurde in einer Anordnung Goebbels' vom 13. Februar⁹⁴ – „im Auftrag des Führers und im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsaußenminister“ – zusammengefaßt. Danach sollte das Rohmaterial des Seehauses, also die unzensierten und ungekürzten Texte sämtlicher erfaßten ausländischen Sendungen, nur noch in 13 Exemplaren hergestellt werden. Ende 1941 waren demgegenüber beispielsweise noch 28 vollständige „Abhörbände“ allein an das Auswärtige Amt geliefert worden.⁹⁵ Von den jetzt erstellten 13 Exemplaren gingen nur noch fünf an das AA, und zwar je eines an den persönlichen Rundfunkreferenten des Ministers, an Unterstaatssekretär Luther, an Schmidt und zwei an die Rundfunkabteilung; der Staatssekretär beispielsweise besaß – zumindest offiziell – diese Informationsmöglichkeit nicht mehr. Allerdings zeigte sich schon bald in der Praxis, daß sich eine so rigide Informationsbeschränkung auf Dauer nicht aufrechterhalten ließ: nach und nach wurde der Verteiler wieder erweitert.⁹⁶ Eine etwas größere Auflage billigte man bei der Reform im Februar 1942 den zensierten Berichten, dem „Funk-Spiegel“ des Seehauses, zu. Nach „den vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda gegebenen Richtlinien von allen Greuel- und Hetzsendungen gesäubert und unter Fortlassung der rein militärischen Meldungen des Gegners“ zusammengestellt, wurden die Berichte unter „Geheim“ an das AA (in insgesamt 74 Exemplaren, davon 50 an die Presseabteilung), an das Propagandaministerium und die ihm unterstehenden Rundfunk-einrichtungen sowie an Lammers, Heydrich, Sündermann und das Reichssicherheits-hauptamt verteilt.

⁹¹ Aufgaben und Entwicklung des Seehauses (Schnabel, a. a. O., Dokument 99).

⁹² BA, R 55/734, Canaris an Seehaus, 28.1.42, 151; Seehaus an AA und Propagandamin., 27.1.42, 170; R 55/1253, HR Erkundung an Leiter Abt. Rundfunk, 4.2.42, 335.

⁹³ Zu den Verhandlungen: BA R 55/634, Aufzeichnung Mair v. 6.2.42, 70–73 und Stellungnahme Stache (Abt. Rundf./Prop. Min.) v. 13.2.42, 97–98; Aktenvermerk Sonderdienst Seehaus, 10.2.42, 106–111.

⁹⁴ Ebenda, Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Anweisung für das Seehaus, 13.2.42, 102–104.

⁹⁵ Aufgaben und Entwicklung des Seehauses (Schnabel, a. a. O., Dokument 99).

⁹⁶ Siehe dazu die Angaben bei Boelcke, Seehaus, S. 264 u. 267.

Nach einer anderen Anordnung sollte außerhalb des Propagandaministeriums und des AA die Tatsache, daß überhaupt noch vollständige Abhörberichte hergestellt wurden, nicht bekannt werden. Das Material erschien so brisant, daß nicht nur die in ihm enthaltenen Informationen, sondern schon seine bloße Existenz zum Geheimnis erklärt wurde.⁹⁷

Goebbels war es also gelungen, das ursprünglich unter alleiniger Aufsicht des AA arbeitende Seehaus in mehreren Schritten unter seine Kontrolle zu bringen: mit dem Arbeitsabkommen vom Herbst 1941 hatte er zunächst eine paritätische Beteiligung durchgesetzt, sich dann durch sein Vorgehen in der Abhörfrage zum Rundfunkkontrollleur gegenüber der gesamten Bürokratie des Dritten Reiches aufgeschwungen; nur dem AA hatte er noch einige Sonderrechte überlassen müssen. Aber auch dieses Reservat konnte er beseitigen, als er die Abhörfrage mit der Verteilung der Monitoring-Berichte verband und so zum direkten Angriff auf das Seehaus ansetzte.

Das Ergebnis der Maßnahmen Goebbels' war praktisch die Schaffung zweier Klassen von „Seehaus“-Empfängern, wobei schon die untere recht exklusiv war. Gegen diese Regelung liefen natürlich viele der nicht – oder ihrer Ansicht nach nicht angemessen – berücksichtigten Stellen Sturm. So beschwerte sich beispielsweise Dietrichs Presseabteilung, daß die Rundfunkabteilung für die „Leitung und Auswertung der Rundfunkabhördienste“ im Propagandaministerium zuständig sei, und verlangte, daß „die Auswertungsarbeit der Presseabteilung von dieser Regelung ausdrücklich ausgenommen wird“.⁹⁸ Auch Admiral Canaris bemühte sich im März 1942 durch direkte Intervention beim Auswärtigen Amt, wiederum mit Abhörmaterial beliefert zu werden, nachdem im Februar die Versorgung aller militärischen Stellen verboten worden war; seine Bitte wurde abschlägig beschieden.⁹⁹

Die verschärften Maßnahmen gegen das „dienstliche“ Abhören von ausländischen Rundfunksendern und die drastische Beschränkung des Seehaus-Verteilers waren der Beginn eines generell äußerst restriktiven Umgangs mit Informationen. Die verschiedenen, auf diesem Gebiet Anfang 1942 ergriffenen Maßnahmen zeigen die Unsicherheit des Regimes gegenüber von außen unkontrolliert eindringenden Informationen und das Mißtrauen gegenüber dem eigenen Führungspersonal. Es gibt aber auch Anzeichen dafür, daß die jetzt allorts ergriffenen Kontrollmaßnahmen und Einschränkungen, mit denen sich die verschiedenen Stellen geradezu zu überbieten suchten, auch zu erheblichen Verwirrungen innerhalb des Herrschaftsapparates führten.

So stellte der Leiter der Rundfunkabteilung des Propagandaministeriums bei einer Reise nach Paris fest, daß die Abhörstelle der deutschen Botschaft, die neben der dortigen Außenstelle des Seehauses arbeitete, mindestens 700 Exemplare eines eigenen „Funkspiegels“ verbreitete. Als der Vertreter des Propagandaministeriums darauf hinwirkte, diese „großzügigste“ Verteilung einzustellen, reagierte die Wehrmacht mit der

⁹⁷ BA, R 55/634, Staatssekretär Gutterer an Leiter Abt. Rundfunk, 5.2.42, 57.

⁹⁸ Ebenda, Leiter Abt. Deutsche Presse an Minister, 10.3.42, 194f.; s.a. Leiter Abt. Deutsche Presse an RPA-Leiter Schmonses, 6.3.42, 219–221 sowie Leiter HR Erkundung an Leiter Abt. Rundfunk, 30.3.42, 197f.

⁹⁹ Siehe dazu den Vorgang in AA, HA Luther 30, 84–94 u. 259–262. Dabei ist die Parallele zu den Interventionen zahlreicher Stellen nach der Einschränkung des dienstlichen Abhörens im Januar 1942 nicht zu übersehen; siehe dazu die Beispiele bei Latour, a. a. O.

Einziehung der Mitarbeiter der Abhörstelle zum Wehrdienst; ein Vorgang, der den Berichterstatter veranlaßte, davor zu warnen, „das Kind mit dem Bade auszuschütten und das Abhören an sich einzuschränken, während meiner Ansicht nach die Unterrichtung des Führers und seiner führenden Mitarbeiter über die ausländischen Nachrichtendienste eher verbessert als verschlechtert werden müßte“.¹⁰⁰

Die negativen Rückwirkungen auf den Informationsfluß, die der äußerst heikle Umgang mit Propagandaberichten nach sich ziehen mußte, machten sich auch beim Seehaus bemerkbar: am 14. März erhielt man beispielsweise dort die Mitteilung, daß das Reichssicherheitshauptamt die Belieferung mit dem „Funk-B-Bericht“, der neben Abhörberichten auch aufgefangene Funktelegramme fremder Missionen und anderes enthielt, einstellte. Das Reichssicherheitshauptamt ließ sich von dieser Maßnahme auch nicht abbringen, als man es darauf hinwies, „daß ein Teil des von der Funk-B-Stelle verbreiteten Materials sogar vom Erkundungsdienst der Abteilung Rundfunk“ des Propagandaministeriums stammte.¹⁰¹

Die Maßnahmen Goebbels' gegen das Seehaus waren der Ausgangspunkt für eine weitere Überprüfung und Beschränkung des „grauen“ Nachrichtenmarktes. Das Propagandaministerium stellte fest, daß rund 100 offizielle oder halboffizielle Informationsdienste mit einer Auflage von bis zu 4000 Stück existierten, die nach den Worten Goebbels' häufig gar nicht in die Hände der Empfänger kamen, statt dessen sich aber „eine große Anzahl von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, besonders auch technische Hilfskräfte, eingehend mit dem Material zu beschäftigen pflegen“.¹⁰²

Ende Januar 1942 mußte sich auch die Presseabteilung mit dem Vorwurf auseinandersetzen, die von ihr erstellten Dienste zu großzügig innerhalb und außerhalb des Auswärtigen Amtes verteilt zu haben. Schmidt setzte sich zur Wehr, indem er anführte, die Dienste seien ursprünglich zur „schnelleren Unterrichtung des Herrn RAM, der Direktoren und Sachbearbeiter des Auswärtigen Amtes“ gegründet worden; erst aufgrund der Tatsache, daß sich das in seiner Abteilung erstellte Material „durch seine Auswahl und durch seine Übersetzung gegenüber dem DNB-Dienst als überlegen erwiesen“ habe, seien im Laufe der Zeit eine Reihe von Behörden an das Auswärtige Amt mit der Bitte um Belieferung mit diesen Diensten herangetreten.¹⁰³ Während die Presseabteilung also versuchte, ihre eigene Rolle auf dem Informationssektor betont passiv darzustellen, überlegte man intern, in welchen Bereichen zusätzliche Sicherungsmaßnahmen zu ergreifen seien. So schlug Lohse in einer Aufzeichnung für den Abteilungsleiter vor, „die vertrauliche Berichterstattung der deutschen Pressevertreter im Ausland einzuschränken“ und sie zu diesem Zweck stärker unter die Aufsicht der deutschen Missionen zu stellen; ferner den Kreis der Teilnehmer an der Reichspressekonferenz zu begrenzen, die Weitergabe von Informationen durch Journalisten und die Geheimhaltung von Presseberichten in amtlichen Stellen stärker zu kontrollieren¹⁰⁴ – Vorschläge, die indirekt auch dem Propagandaministerium eine Mitverantwortung für die „undichten Stellen“ im Propagandaapparat zuwies.

¹⁰⁰ BA, R 55/634, Leiter Abt. Rundfunk an Goebbels, 6. 2. 42, 61–65.

¹⁰¹ BA, R 55/1253, Schriftwechsel mit dem RSHA im März/April 1942, 250 ff.

¹⁰² Boelcke, Totaler Krieg, Sitzung vom 1./2. 1. 1942; zum weiteren, letztlich erfolglosen Vorgehen Goebbels' gegen diese Nachrichtenquellen: Boelcke, Seehaus, S. 262 ff.

¹⁰³ AA, HA Schmidt 2b, Notiz für Ribbentrop v. 30. 1. 42, 194–196.

¹⁰⁴ AA, PresseAbt. lfd. Nr. 38, Presse, Aufzeichnung Lohse an Schmidt, 26. 1. 42.